



Sehr geehrte Damen und Herren,

in der ersten Sitzung nach der Sommerpause hat der Bundesrat der Verstorbenen – Queen Elizabeth II. und Michail Gorbatschow – gedacht. Beide waren beeindruckende Persönlichkeiten, die ihre Zeit und damit auch Deutschland und Hessen geprägt haben.

Hessens Ministerpräsident Boris Rhein kritisierte in einer Rede den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung. Er warb für eine Reform, die eine langfristige Sicherung der Finanzierung der gesetzlichen Krankenkassen und gute Bedingungen für den Pharmastandort Hessen sicherstellt.

Starke Kritik gab es auch bereits im Vorfeld der Sitzung an den im Gesetz zur Stärkung des Schutzes der Bevölkerung und insbesondere vulnerabler Gruppen vor COVID-19 vorgesehenen Änderungen des Bundesinfektionsschutzgesetzes. Vor allem die darin enthaltene Schlechterstellung von Kindern und Jugendlichen in Schulen und KiTas stieß auf deutliche Ablehnung der Länder. Erst am Vorabend der heutigen Sitzung hatte die Bundesregierung erklärt, die entsprechende Regelung wieder zurückzunehmen. Damit war der Weg für eine Zustimmung des Bundesrates frei.

Justizminister Prof. Dr. Roman Poseck hielt heute seine erste Rede im Bundesrat, in der er seine Initiative zur Vereinfachung der Gerichtsprozesse in Massenverfahren vorstellte. Das Plenum überwies die Vorlage den Ausschüssen zur Beratung.

Wie immer haben wir Ihnen eine Auswahl weiterer interessanter Themen in unserem Newsletter zusammengestellt.

Mit freundlichen Grüßen

Lucia Puttrich

Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und
Bevollmächtigte des Landes beim Bund

BUNDES R A T - Plenarsitzung am 16. September 2022



© Hessische Staatskanzlei

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur finanziellen Stabilisierung der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-Finanzstabilisierungsgesetz)

Der Bundesrat hat zum Gesetzentwurf umfangreich Stellung genommen. Im Plenum kritisierte der Hessische Ministerpräsident Boris Rhein das Vorhaben als eine Feigenblatt-Reform. Er warb für eine grundsätzliche Reform der gesetzlichen Krankenkassen.

Der vorliegende Gesetzentwurf verfolgt das Ziel, die prognostizierten 17 Milliarden Euro Defizit der GKV im kommenden Jahr auszugleichen und die Finanzen der gesetzlichen Krankenkassen zu stabilisieren. Der Entwurf sieht eine kurzfristige Erhöhung der Einnahmenseite in Form eines zusätzlichen Bundeszuschusses i.H.v. zwei Milliarden Euro, einem Sonderdarlehen i.H.v. einer Milliarden Euro und einem erneuten Rückgriff in die Finanzreserven der Kassen sowie umfangreiche Ausgabenkürzungen in nahezu allen Bereichen der Versorgung vor. Auch der Zusatzbeitrag für Versicherte soll angehoben werden.

>>> zum [Video](#)



© Bundesrat | Dirk Deckbar

Gesetzesbeschluss des Bundestages

Gesetz zur Stärkung des Schutzes der Bevölkerung und insbesondere vulnerabler Gruppen vor COVID-19

Der Bundesrat hat dem Gesetz zugestimmt. Im Herbst und Winter sollen die vulnerablen Gruppen wieder besser geschützt werden. Bundesweit gilt künftig eine FFP2-Maskenpflicht in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen sowie in ambulanten medizinischen Einrichtungen wie Arztpraxen, Tageskliniken, Dialyseeinrichtungen oder bei Rettungsdiensten. Mit dem Gesetz wird die Ermächtigungsgrundlage für die Coronavirus-Impfverordnung und die

Coronavirus-Testverordnung sowie die Geltungsdauer der Impfverordnung bis Jahresende verlängert. Das Gesetz enthält Vorgaben für die Impfkampagne, die Datenerfassung und Hygienekonzepte. Apotheker, Zahnärzte und Tierärzte sind noch bis zum 30. April 2023 dazu berechtigt, eine Covid-19-Impfung zu verabreichen.

>>> Mehr unter [Bundesrat.de](https://www.bundesrat.de)



© Bundesrat | Dirk Deckbar

Länderinitiative

Entschließung des Bundesrates „Maßnahmen zur Bewältigung zivilgerichtlicher Massenverfahren und zur Sicherung der Funktionsfähigkeit der Justiz“ (Antrag der Länder Hessen und Sachsen-Anhalt)

Im Plenum hat Justizminister Prof. Dr. Roman Poseck die Entschließung vorgestellt. Es war seine erste Rede im Bundesrat. Die Initiative zeigt Möglichkeiten auf, wie die Zivilprozessordnung angepasst werden kann, um Massenverfahren effizienter und zeitnaher zu erledigen. Bundesweit nähert sich die Justiz der Belastungsgrenze. Grund dafür sind im Bereich der Ziviljustiz insbesondere sogenannte Massenverfahren. Dabei gehen bei den Gerichten binnen kurzer Zeit hohe Fallzahlen an Verfahren mit im Kern gleichem Sachverhalt ein. Die gegenwärtige Belastungssituation führt zu immer länger werdenden Verfahrenslaufzeiten. Die Initiative fordert den Bundesgesetzgeber auf, gesetzliche Regelungen zu schaffen, die den Gerichten ein besseres Instrumentarium zur Bearbeitung dieser Verfahrenslagen an die Hand geben. Der Bundesrat überwies den Tagesordnungspunkt zur Beratung in die zuständigen Ausschüsse.

>>> zum [Video](#)



© Henning Schacht

EU-Vorlage

Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln und zur Änderung der Verordnung (EU) 2021/2115

Ziel der Kommission ist, die Verwendung chemischer Pestizide, vor allem solcher mit gefährlicheren Wirkstoffen, bis 2030 um 50 Prozent zu verringern und nichtchemische Alternativen zur Schädlingsbekämpfung zu forcieren. Weiterhin schlägt die Kommission vor, alle Pestizide in sogenannten empfindlichen Gebieten zu verbieten. Dazu würden Orte wie städtische Grünflächen, Spielplätze, Schulen, Freizeit- und Sportplätze, öffentliche Wege und Natura-2000-Schutzgebiete gehören.

Der Bundesrat gibt in seiner Stellungnahme u. a. zu bedenken, dass die vorgeschlagenen empfindlichen Gebiete zu erheblichen Beeinträchtigungen der landwirtschaftlichen Erzeugung führen würden. Zukünftige Ausweisungen von Schutzgebieten würden deutlich erschwert. Die Bundesregierung wird daher gebeten, sich für eine Überarbeitung der empfindlichen Gebiete beziehungsweise der Verbotstatbestände unter Berücksichtigung der jeweiligen Schutzziele einzusetzen. Als Richtschnur sollten hier die Regelungen der im letzten Jahr verabschiedeten Pflanzenschutzanwendungsverordnung herangezogen werden. Die Maßnahmen sollten so ausgestaltet werden, dass bei den Landwirten keine unzumutbaren Härten auftreten.

>>> Mehr unter [Bundesrat.de](https://www.bundesrat.de)



© Henning Schacht

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Chancen-Aufenthaltsrechts

In Deutschland lebten Ende 2021 mehr als 240.000 geduldete Ausländer. Das sogenannte Chancenaufenthaltsrecht will einem Teil dieses Personenkreises für ein Jahr die Möglichkeit geben, die – erleichterten – Voraussetzungen für ein Aufenthaltsrecht (insbesondere Lebensunterhaltssicherung, deutsche Sprachkenntnisse, Identitätsnachweis) zu erbringen. Straftäter und Gefährder sollen von der Regelung ausgeschlossen bleiben und konsequent abgeschoben werden. Der Bundesrat hat zu dem Gesetzentwurf Stellung genommen. Dabei wird u.a. ein erleichteter Einsatz ausländischer Pflegekräfte, Ärztinnen und Ärzte in den Aufnahmeeinrichtungen angeregt.

>>> Mehr unter [Bundesrat.de](https://www.bundesrat.de)

20 Jahre Hessischer Gründerpreis

Empfang der Finalistinnen und Finalisten in Berlin

Die Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten Lucia Puttrich hat heute die zwölf Gründerinnen und Gründer, die es ins Finale des Hessischen Gründerpreises 2022 geschafft haben, in der Hessischen Landesvertretung in Berlin empfangen. „Der Hessische Gründerpreis ist zu einer echten Institution geworden. Er lenkt die Aufmerksamkeit auf erfolgreiche Gründergeschichten“, sagte Puttrich. „Ein Startup zu gründen bedeutet immer auch das Risiko des Scheiterns einzugehen. Überzeugt das Produkt? Die Idee? Der Ansatz? Es sind ganz besondere Menschen, die diesen Sprung wagen und die Landesregierung Hessens unterstützt diese auf vielfältige Weise.“

Auch der Schirmherr des Preises, der Hessische Wirtschaftsminister Tarek Al-Wazir, lobte die Jungunternehmer. „Für den Weg in eine nachhaltige Wirtschaftsweise brauchen wir junge Menschen mit unternehmerischem Mut. Oft sind es gerade die Gründerinnen und Gründer, die mit Ihren Ideen zum Beispiele im Bereich Digitalisierung oder Ressourcenschutz entscheidende Beiträge zur Bewältigung aktueller Herausforderungen leisten,“ sagte Al-Wazir. Zu den Gratulanten von 20 Jahre Hessischer Gründerpreis gehörte auch Dr. Anna Christmann, die Start-Up-Beauftragte des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz, die ankündigte, dass der Bund Ausgründungen aus Universitäten mit einem Leuchtturmprojekt noch stärker fördern möchte.



© HLV Berlin | Henning Schacht



© HLV Berlin | Henning Schacht

TERMINVORSCHAU

Plenarsitzung des Bundesrates

Der Bundesrat wird am 7. Oktober 2022 erneut zusammentreten.

Plenarwoche des Deutschen Bundestags

Die nächste Sitzungswoche des Deutschen Bundestags findet vom 19. bis 23. September statt.

Sollten Sie kein Interesse an unserem Newsletter haben, dann klicken Sie bitte auf folgenden [Abmeldelink](#). Ihre Daten werden danach bei uns gelöscht.

Korrekturen Ihrer Kontaktdaten können Sie gerne an veranstaltungen@lv.hessen.de senden.

Wir speichern auf Basis von Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO Ihre Kontaktdaten, um Ihnen den Informationsdienst der Hessischen Landesvertretung zuzuschicken. Damit Sie diesen Newsletter auch zukünftig erhalten, speichern wir Ihre Daten dauerhaft, solange Sie der Speicherung Ihrer Daten nicht widersprechen.

Sie haben das Recht, von uns Auskunft über die bei uns zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten. Sie können der Speicherung widersprechen und haben das Recht auf Berichtigung, Sperrung/Einschränkung und Löschung Ihrer gespeicherten Daten.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Hessische Landesvertretung, In den Ministergärten 5, 10117 Berlin, datenschutzbeauftragter@lv.hessen.de.

Sie können sich über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei der zuständigen Aufsichtsbehörde beschweren. Das ist der Hessische Datenschutzbeauftragte, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden.

Bildnachweise Banner ©Henning Schacht (1., 2., 3., 4. v.l.), ©T. Koch (2.v.r.)

Hessische Landesvertretung
In den Ministergärten 5
10117 Berlin